

Studienpläne Fachbereich Rechtspflege Praktikum II

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

Registerrecht

Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung

Insolvenzrecht

Vorbemerkung

Der 5. Studienabschnitt (Praktikum II) besteht aus der praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz und Seminarveranstaltungen. Die Ausbildung erfolgt in den Gebieten Registerrecht, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung (jeweils mindestens 2 Monate) sowie Insolvenzrecht (mindestens 1 Monat).

Ziel und Gestaltung der Ausbildung am Arbeitsplatz richten sich nach denselben Grundsätzen wie im 3. Studienabschnitt (Praktikum I; siehe dortige Vorbemerkung).

Bei der zeitlichen Inanspruchnahme der Studierenden ist die notwendige Examensvorbereitung zu berücksichtigen.

Die in diesem Studienabschnitt stattfindenden Termine im Dezernat des Ausbilders des Versteigerungsgerichts und des Insolvenzgerichts sollen, soweit der Ausbildungsstand es zulässt, durch die Studierenden abgehalten werden.

Seminarveranstaltungen

Die Seminare werden von den Dozenten/ Dozentinnen der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – gehalten. Ein Seminarplan wird jährlich durch die Hessische Hochschule für Finanzen und Rechtspflege erstellt.

Die Seminare umfassen folgende Rechtsgebiete:

Grundbuchrecht	3 Seminare
Registerrecht	1 Seminar
Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung	2 Seminare
Insolvenzrecht	1 Seminar
Familien-, Nachlassrecht und Grundlagen des Zivilrechts	3 Seminare

Die Seminare dienen der Vertiefung und Festigung des bis dahin erworbenen Wissens und damit auch der Vorbereitung auf die Laufbahnprüfung.

Während des Praktikums II sind fünf jeweils fünfstündige Klausuren zu bearbeiten.

Diese werden von den Dozenten / Dozentinnen der Hessischen Hochschule für Finanzen und Rechtspflege – Fachbereich Rechtspflege – gestellt, bewertet und mit den Studierenden besprochen.

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Registerrecht

1. Einzelkaufmann

Eintragung, Änderung und Löschung der Firma – Änderung des Inhabers, Haftungsausschluss – Erwerb des Handelsgeschäfts durch Erbgang

2. Personengesellschaften

Eintragung von OHG und KG – Änderung der Firma – Eintritt eines neuen Gesellschafters – Erhöhung oder Herabsetzung der Einlage eines Kommanditisten – Ausscheiden eines Gesellschafters – Eintragung einer Partnerschaftsgesellschaft

3. Aktiengesellschaft

Anmeldung und Ersteintragung der AG – Ausschluss von Minderheitsaktionären („Squeeze-out“; Behandlung in der praktischen Ausbildung fakultativ) – Nachgründung – Satzungsänderungen und ihre Eintragung – Unternehmensverträge – eingegliederte Gesellschaften – Sonderfall Kapitalerhöhung, einschließlich Euro-Umstellung, gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmittel, genehmigtes Kapital, bedingtes Kapital – Sonderfall Kapitalherabsetzung (ordentliche, vereinfachte, durch Einziehung von Aktien) – Bestellung von Gründungs-, Abschluss- und Sonderprüfern, sonstige Tätigkeiten des Gerichts ohne Eintragung z.B. Entgegennahme der Liste der Aufsichtsratsmitglieder – Änderung des Vorstands oder der Vertretungsbefugnis eines Vorstandsmitglieds

4. GmbH

Ersteintragung der GmbH- vereinfachte Gründung nach § 2a GmbHG – Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) – Satzungsänderungen – Anmeldung und Eintragung – Sitzverlegung – Unternehmensverträge (Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträge) – Sonderfall Kapitalerhöhung einschließlich Euro-Umstellung, gegen Einlagen, aus Gesellschaftsmitteln – Sonderfall Kapitalherabsetzung (ordentliche, vereinfachte) – Vorlage einer geänderten Gesellschafterliste, Widerspruch gegen Gesellschafterliste – Änderung in der Person der Geschäftsführer – Beendigung der Vertretungsbefugnis eines Geschäftsführers – Bestellung von Notgeschäftsführern

5. Weitere Eintragungen im Handelsregister

Erteilung, Änderung und Erlöschen einer Prokura – Zweigniederlassungen auch ausländischer Gesellschaften – Verlegung der Niederlassung / Sitzverlegungen von Gesellschaften – Auflösung, Liquidation und Beendigung von Gesellschaften – Insolvenzvermerke, insolvenzrechtliche Besonderheiten, insbesondere registerrechtliche Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf Gesellschaften und Gesellschafter; Simultan- und Partikularinsolvenzen – Eintragungen von Amts wegen: Berichtigungen / Löschungen von Amts wegen / Löschungen wegen Vermögenslosigkeit / Löschungen unzulässiger Eintragungen

6. Zwangs- und Ordnungsgeldverfahren im Register

7. Verein

Neueintragung – Änderung des Vorstands – Bestellung eines Vorstands und Eintragung gerichtlich bestellter Vorstandsmitglieder – Ermächtigung zur Einberufung einer Mitgliederversammlung auf Antrag einer Minderheit – Satzungsänderung – Eintragung der Auflösung – Eintragung von Liquidatoren – Zwangsgeldfestsetzung gegen Vorstandsmitglieder zur Befolgung ihrer Pflichten – Amtslöschungen – Sitzverlegung

8. Genossenschaft

Ersteintragung – Veröffentlichung eines Auszugs des Statuts – Errichtung einer Zweigniederlassung – Eintragung einer Änderung des Statuts – Änderung der Nachschusspflicht – Zerlegung der Geschäftsanteile – Änderung des Vorstands – Änderung der Vertretungsbefugnis eines Vorstandsmitglieds – Auflösung der Genossenschaft – Eintragung der ersten Liquidatoren sowie ihrer Vertretungsbefugnis – Bestellung einer Prokura – Prüfung des Jahresabschlusses

9. Umwandlungsrechtliche Vorgänge

Verschmelzung, Spaltung und Formwechsel unter Beteiligung von Einzelunternehmen, Personen- und Kapitalgesellschaften – fakultativ: Vereinen und Genossenschaften – fakultativ: grenzüberschreitende Umwandlungen

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung und sonstige Versteigerung

Zwangsversteigerungsverfahren

1. Verfahrensbeginn

Anordnung, Beitritt, Zurückweisung – Zustellungsvertreter – Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung

2. Einstweilige Einstellung des Verfahrens

Auf Bewilligung des Gläubigers – auf Antrag des Schuldners – Einstellung hinsichtlich einzelner beweglicher Gegenstände – Fortsetzung des Verfahrens

3. Aufhebung des Verfahrens

Infolge Ablaufs der Fortsetzungsfrist – wegen entgegenstehender Rechte – nach Antragsrücknahme

4. Vorbereitung des Versteigerungstermins

Beteiligung des Mieters am Verfahren – Verkehrswertfestsetzung – Bestimmung des Versteigerungstermins – Mitteilung an die Beteiligten über den / die betreibenden Gläubiger – Entwurf von geringsten Geboten, Einzel- und Gesamtausgebote

5. Durchführung des Versteigerungstermins

Bietungssicherheit – Zurückweisung von Geboten – Bietungsvollmacht – einstweilige Einstellung oder Aufhebung des Verfahrens wegen Nichtabgabe von Geboten

6. Zuschlagsentscheidung

7. Verteilungsverfahren

Bestimmung des Verteilungstermins – Aufstellung des Teilungsplans nach Zuschlag im Einzel- oder Gesamtausgebot – Ausführung des Teilungsplans bei Zahlung oder Nichtzahlung des Erlöses – Hinterlegungsanträge – unbekannte Berechtigte – außergerichtliche Verteilung des Versteigerungserlöses – Grundbuchersuchen – gerichtliche Verwaltung auf Kosten des Erstehers

8. Wiederversteigerung**9. Besonderheiten bei der Teilungsversteigerung****10. Umgang mit Geldzahlungen**

Behandlung von Sicherheitsleistungen – Zahlung des Meistgebotes, was muss wohin gebucht werden – Auszahlungen / Rückzahlungen / Umbuchungen, Umgang mit Jukos-Ausbuchung, HKR 500 – Hinterlegung

Zwangsverwaltungsverfahren**1. Verfahrensbeginn**

Entscheidungen über Anordnung der Zwangsverwaltung – Auswahl des Verwalters – Institutsverwalter – Behandlung des Inbesitznahmeprotokolls – Mitteilung an die Beteiligten nach § 146 ZVG

2. Verteilungstermin

Bestimmung und Durchführung des Termins – Aufstellung des Teilungsplans – Ergänzung der Auszahlungsanordnung nach § 157 ZVG

3. Aufhebung des Verfahrens

Nach Antragsrücknahme – nach Zuschlagserteilung – in sonstigen Fällen

4. Der Zwangsverwalter

Aufsichtspflicht des Gerichts – Prüfung einer Jahres- bzw. Schlussrechnung – Festsetzung von Vergütung und Auslagen

Ausbildung am Arbeitsplatz im Lehrgebiet Insolvenzrecht

1. Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens

Regelinsolvenzverfahren bei Antrag eines Gläubigers oder des Schuldners – Verbraucherinsolvenzverfahren bei Antrag eines Gläubigers

2. Folgearbeiten nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch den Richter/ die Richterin

Anordnung des schriftlichen Verfahrens – evtl. Terminbestimmungen – Veröffentlichungen – Mitteilungen – Eintragungssuchen an das Grundbuchamt – Anordnung, Einschränkung und Aufhebung der Postsperre

3. Berichtstermin

Vorbereitung – Durchführung

4. Prüfungstermin

Vorbereitung – Durchführung – Folgeverfügungen – Bestimmung eines besonderen Prüfungstermins

5. Gläubigerversammlung mit besonderer Tagesordnung

Bestimmung des Termins auf Antrag oder von Amts wegen – Vorbereitung – Durchführung

6. Aufhebung des Insolvenzverfahrens

Prüfung der Schlussrechnung – Genehmigung der Schlussverteilung – Anberaumung des Schlusstermins – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des vorläufigen Insolvenzverwalters, des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Schlusstermin – Aufhebungsbeschluss – Folgeverfügungen

7. Nachtragsverteilung

8. Einstellung des Insolvenzverfahrens mangels Masse

Bestimmung und Durchführung des Anhörungstermins / Schlusstermins – Prüfung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Einstellungsbeschluss – Folgeverfügungen

9. Einstellung des Insolvenzverfahrens wegen Masseunzulänglichkeit

Prüfung der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters – Bestimmung und Durchführung des Schlusstermins – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Insolvenzverwalters und der Gläubigerausschussmitglieder – Einstellungsbeschluss – Folgeverfügungen

10. Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren

Anordnung des schriftlichen Verfahrens – Anordnung der vereinfachten Verteilung – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Treuhänders

11. Restschuldbefreiung

Ankündigung der Restschuldbefreiung – Versagung der Restschuldbefreiung wegen Nichtzahlung der Mindestvergütung des Treuhänders – Prüfung der Schlussrechnung des Treuhänders – Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Treuhänders – Beschluss über die Erteilung der Restschuldbefreiung, wenn kein Insolvenzgläubiger die Versagung beantragt hat

12. Besonderheiten bei der Eigenverwaltung**13 Das Nachlassinsolvenzverfahren****14. Kostenberechnung bei den unterschiedlichen Verfahrensverläufen – Stundung der Verfahrenskosten**